

## **Antrag**

**der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Gottfried Curio, Dr. Christian Wirth, Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle, René Bochmann, Mike Moncsek, Marc Bernhard, Dirk Brandes, Marcus Bühl, Petr Bystron, Thomas Ehrhorn, Dr. Michael Espendiller, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Stefan Keuter, Norbert Kleinwächter, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Stephan Protschka, Eugen Schmidt, Dr. Harald Weyel, Wolfgang Wiehle, Joachim Wundrak, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Bundeslagebild zur Kriminalität in Bahnhöfen und Zügen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bund und die Deutsche Bahn AG setzen zur Erhöhung der Sicherheit an Bahnhöfen vor allem auf den Ausbau von Videotechnik. Der Berliner Bahnhof Südkreuz dient dabei als Sicherheitslabor zur Erprobung von neuer „intelligenter Videoanalysetechnik“ zur Erhöhung der Sicherheit. Daneben werden aber auch verschiedene Varianten von Schutzbarrieren für Reisende auf einem Bahnsteig getestet, um beispielsweise der Problematik von Gleisschubsern besser begegnen zu können, vgl. z. B. [www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/12/sicherheit-bahnhoe-fe.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/12/sicherheit-bahnhoe-fe.html).

Derartige Konzepte können zwar eine sinnvolle Ergänzung darstellen, sollten aber nicht mit der eigentlichen Ursachenanalyse und Bekämpfung von Kriminalität an Bahnhöfen verwechselt werden. Ausgangsvoraussetzung dafür ist Transparenz gegenüber politischen Entscheidern und auch der Öffentlichkeit in der statistischen Abbildung von Kriminalität, was das eigentliche Gebot der Stunde sein sollte.

Eine schonungslos ehrliche Analyse und Benennung der Kriminalitätsentwicklung in Bahnhöfen – und auch Zügen – ist unter Berücksichtigung der geplanten Mobilitätswende und der damit verbundenen steten Zunahme an Passagierzahlen im Fernverkehr der Deutschen Bahn AG in diesem Zusammenhang von herausragender Relevanz.

Fragen, warum der diesbezügliche Anteil bestimmter nichtdeutscher Tatverdächtiger bei bestimmten Deliktgruppen wie Gewaltkriminalität, Betäubungsmittel und Eigentumsdelikten überproportional hoch ist (vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion der AfD auf den Bundestagsdrucksachen 19/23760, 19/25714 und 19/32018), müssen endlich tiefgehender analysiert und Gegenstand einer öffentlichen Debatte werden. In diesem Kontext muss dringend die Frage geklärt werden, ob es sich bei diesen nichtdeutschen Tatverdächtigen beispielsweise vor allem

um abgelehnte Asylbewerber handelt, da nur so zielgerichtete Maßnahmen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit möglich sind. Derartige Fragestellungen sind nicht zuletzt auch für mündige Bürger im Rahmen ihrer Wahlentscheidung zu einer eher offenen oder restriktiven Migrationspolitik von besonderer Relevanz.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein jährliches Bundeslagebild zur Kriminalitätsentwicklung in Bahnhöfen und Zügen, das auch der Öffentlichkeit zugänglich ist und in eigener Zuständigkeit der Bundespolizei erstellt wird, einzuführen;
2. im Kontext dieses Bundeslagebildes auch eine statistische Aufschlüsselung im Hinblick auf tatverdächtige Ausländer und ihren Aufenthaltsstatus vorzunehmen wie auch insgesamt in der Polizeilichen Eingangstatistik der Bundespolizei (PES) für den Fall von unterjährigen Auswertungserfordernissen. Tatörtlichkeit und Aufenthaltsstatus sind also zukünftig durch die Bundespolizei für ein solches Abfragebild besser miteinander zu verknüpfen, um differenzierte Aussagen dahingehend treffen zu können, welche tatverdächtigen Ausländer mit welchem Aufenthaltsstatus überproportional stark vertreten sind;
3. dieses zu erstellende Bundeslagebild zunächst versuchsweise unter Einbeziehung eigener Erfassungsmöglichkeiten der Bundespolizei darauf auszurichten, dass deutsche Tatverdächtige auch dahingehend aufgeschlüsselt werden, dass man eine Unteraufschlüsselung nach Geburtsort/Geburtsland vornimmt, um allgemein gehaltene Vergleiche zu deutschen Tatverdächtigen im Vergleich zu nichtdeutschen Tatverdächtigen differenzierter betrachten zu können;
4. sich im Rahmen der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) zusätzlich für ausdrücklich verpflichtende Erfassungsparameter in INPOL-neu, INPOL-Land sowie INZOLL-neu einzusetzen, um weitere Staatsangehörigkeiten und auch Geburtsorte im Ausland regelmäßig zu erfassen. Mit Hilfe dieser verpflichtenden Erfassungsparameter können dann Verzerrungen, wie beispielsweise im Hinblick auf die genauere Analyse deutscher Tatverdächtiger weiter reduziert werden. Denkbar wäre hier auch ein weiterer verpflichtender Erfassungsparameter der Kategorie EU-Ausländer und Nicht-EU-Ausländer;
5. übergangsweise bis zur Umsetzung der zuvor genannten Maßnahmen zur Erstellung eines Bundeslagebildes zumindest im Sinne von den Nummern 2 und 3 eine gesonderte Erfassung im Hinblick auf Bundespolizisten in Bahnhöfen und in Zügen vorzunehmen, die aufgrund von gewaltsamen Auseinandersetzungen im Einsatz verletzt worden sind, und dazu insbesondere nichtdeutsche Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatuts aufzuschlüsseln sowie in diesem Kontext auch eine diesbezügliche generelle Aufschlüsselung nach Widerstand gegen und tätliche Angriffe auf die Staatsgewalt (Polizeivollzugsbeamte der Bundespolizei) in diesem Erfassungszusammenhang vorzunehmen sowie
6. dem für diesen Antrag im Deutschen Bundestag zuständigen federführenden Ausschuss einen regelmäßigen Fortschrittsbericht zum Zustand der Umsetzung der vorliegend genannten Maßnahmen zukommen zu lassen.

Berlin, den 7. Februar 2023

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## Begründung

Nach einer Auskunft der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der AfD erstellt die Bundespolizei zur Erfüllung ihrer gesetzlich zugewiesenen Aufgaben ein jährliches „Lagebild Bahn“, in dem die Kriminalitätsentwicklung an Bahnhöfen und Zügen dargestellt wird (siehe dazu Drs. 19/32018, Antwort zu Frage 14). Allerdings ist dieses Lagebild im Gegensatz zu anderen Lagebildern wie den Bundeslagebildern des Bundeskriminalamtes (BKA) nach Erkundigungen der Antragsteller weder öffentlich zugänglich noch von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages einsehbar. Gerade der Öffentlichkeit sollte jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Bedeutung der Bahn für die Mobilitätswende und der stark steigenden Passagierzahlen solche vollständigen und regelmäßig erstellten Lagebilder nicht vorenthalten werden. Auch im Hinblick auf Wahlentscheidungen brauchen Bürger die Möglichkeit, sich selbst ein umfassendes Bild über die Sicherheitslagen in Deutschland verschaffen zu können.

Dies erscheint geboten: Wie der oben erwähnten Kleine Anfrage der Fraktion der AfD zu Kriminalitätsfeldern in Bezug auf Bahnhöfe und Züge im ersten Halbjahr 2021 exemplarisch zu entnehmen ist, waren 171 nichtdeutsche Tatverdächtige im Hinblick auf Sexualdelikte gegenüber 143 mit deutscher Staatsangehörigkeit vertreten. Afghanen (14), Eriträer (13), Syrer (12), Rumänen (14) und Polen (15) waren in diesem Kontext überproportional auffällig, siehe Drs. 19/32018, Antwort zu Frage 1. Im zweiten Halbjahr 2021 setzen sich diese Zahlenentwicklungen fort: Sexualdelikte 222 nichtdeutsch/150 deutsch. Darunter als Tatverdächtige z. B. häufig vertreten: Afghanen (16), Syrer (17), Iraker (13), Rumänen (12) und Polen (26), siehe Drs. 20/773, Antwort zu Frage 1.

Die Presse berichtete bereits in der Vergangenheit von ähnlichen Entwicklungen bei Sexualstraftaten in Bahnen und Bahnhöfen: 2020 hatten nach einem exklusiven Bericht einer Zeitung von 621 Tatverdächtigen 346 keinen deutschen Pass (55,7 %). Die meisten nichtdeutschen Verdächtigen kamen aus Syrien, Polen und Afghanistan. 2019 ermittelte die Bundespolizei 693 Verdächtige, davon 371 ohne deutsche Staatsangehörigkeit (53,5 %).

Dem Bericht nach kamen die meisten nichtdeutschen Verdächtigen aus Rumänien, Syrien und Afghanistan ([www.bild.de/news/inland/news-inland/sexual-delikte-in-bahnhoeefen-jeder-2-taeter-ist-auslaender-76741124.bild.html](http://www.bild.de/news/inland/news-inland/sexual-delikte-in-bahnhoeefen-jeder-2-taeter-ist-auslaender-76741124.bild.html)).

Diese Entwicklungen und weitere in den zuvor genannten Drucksachen erfragte Zahlen zur Aufschlüsselung von Gewaltdelikten und beispielsweise auch zu Betäubungsmitteldelikten nach Staatsangehörigkeit verdeutlichen einen dringenden weitergehenden Analyse- und Handlungsbedarf im Hinblick auf Fragen des richtigen Umgangs mit importierter Kriminalität, ausreichenden Grenzsicherungsmaßnahmen, effizienten Rückführungsmaßnahmen von abgelehnten Asylbewerbern und dem richtigen Umgang mit Kriminellen aus europäischen Nachbarländern. Die geplanten Verbesserungen der Sicherheit an Bahnhöfen und Zügen, beispielsweise durch mehr Videoüberwachung, sind zwar begrüßenswerte Maßnahmen, sie treffen aber nicht den Kern des Problems, welches mit den obigen Fragestellungen zu erörtern ist.

In Bezug auf Abschnitt II Nummer 5 ist noch ergänzend die folgende Anmerkung zur Erfassung von Tatverdächtigen bei Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte (PVB) bei der Bundespolizei beizusteuern: Bei derartigen Vorfällen muss immer im Nachgang ein entsprechendes Formular „OZ 90“ des jeweils zuständigen Dienstgruppenleiters ausgefüllt und weitergemeldet werden. Hierbei handelt es sich um einen Erfassungsbogen, der dazu dient, Angriffe auf PVB statistisch auszuwerten. Vor allem erfasst dieser Bogen relevante Angaben wie Tatörtlichkeit, Zeit, welche Führungs- und Einsatzmittel (FEM) der PVB mit sich führte sowie die Art des Widerstands, also beispielsweise mittels Werkzeug/Waffe/Sonstigem etc.

Die OZ-90-Meldung ist nicht im Vorgangssystem Artus-Bund als Vorlage erfasst und wird tatsächlich als einfache Excel-Datei mit Makrovorlagen/-feldern geführt. Hier wäre es in kürzester Zeit problemlos möglich, die Excel-Tabelle um weitere Erfassungsparameter im Sinne dieses Antrags zu ergänzen.

